

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Vorkauf 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Rücktritt des Kabinetts Wirth?

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß das Kabinett Wirth nun doch unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Genfer Entscheidung über Oberschlesien und ohne das Zusammentreten des Reichstages abzuwarten, seine Demission geben wird. Diesen Beschluß hat besonders das Verhalten der Demokraten herbeigeführt. Bei ihnen gewinnen diejenigen die Oberhand, die erklären, daß die Partei von Anfang an ihr Verbleiben im Kabinett von der günstigen Lösung der oberschlesischen Frage abhängig gemacht habe. Da auch das Zentrum seine Haltung zu ändern scheint, sei für die Regierung Wirth keine Basis mehr vorhanden. Man nimmt nun an, daß der Reichspräsident Herr Wirth aufs neue mit der Kabinettsbildung betraut wird. Ob aber Wirth tatsächlich an der Spitze der neuen Regierung bleiben kann, ist mehr als fraglich, da die Deutsche Volkspartei, auf deren Mitwirkung die bürgerlichen Parteien nicht verzichten zu können glauben, schwerlich für Wirth eintreten wird.

## Bürgerliche Mehrheit im Berliner Stadtparlament?

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis der Groß-Berliner Stadtwahl hat es den Anschein, als ob die Bürgerlichen eine Mehrheit von etwa 35000 Stimmen erreicht haben, so daß die künftige Stadtverordnetenversammlung etwa 115 bürgerliche und 110 sozialistische Mitglieder zählen würde. Sicher stehen die Resultate für die innere Stadt fest, in der es wieder eine sozialistische Mehrheit gibt. Auch dort haben die Sozialisten einen Rückschlag erlitten. Immerhin haben gegenüber der Vortagswahl vom Februar, der letzten Wahl also, die Kattgunden hatte, die Unabhängigen ihre Stimmen um 1800 gesteigert, während die Rechtssozialisten von 221 000 auf 184 000 und die Kommunisten von 112 250 auf 95 641 zurückgegangen sind. Um bemerkenswerteren ist das starke Anwachsen der deutschnationalen Stimmen in allen Bezirken.

Berlin, 17. Oktober. Nach den bisherigen nichtamtlichen Zählungen waren bis 1 Uhr nachts in den Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen in sämtlichen 20 Bezirken ungefähr abgegeben worden: 815 000 sozialistische Stimmen und 835 000 bürgerliche Stimmen. Es ist also eine kleine bürgerliche Mehrheit zu verzeichnen. Die Wahlbeteiligung dürfte etwa 70 Prozent betragen.

## Stegerwald und die Monarchisten.

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem deutschen Handlungsgehilfenstag in Essen hielt der Ministerpräsident Stegerwald in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede, in der er u. a. über die innerpolitische Lage sagte: „Wir brauchen eine Koalitionsregierung von der Mehrheitsozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei, da sonst das Ultimatum nicht erfüllt werden kann. Bis auf weiteres werde die Einführung der Monarchie ganz unmöglich, aber deshalb brauche man den Anhängern des monarchistischen Gedankens nicht jeden Tag mit dem Dreiflügel an den Kopf zu schlagen. Es sei notwendig, alle Bürger des Landes, also auch die außerhalb der Koalition stehenden, als gleichberechtigt zu behandeln. Wenn die deutsche Mark eines Tages wieder stabilisiert würde, dann bekämen wir dafür eine große Arbeitslosigkeit.“ Stegerwald sprach dann auch über gewerkschaftliche Fragen. Zu Oberschlesien meinte er, in der ganzen Welt gäbe es keinen Staatsmann mehr, der glaube, daß der Friedensvertrag von Versailles auch nur zehn Jahre bestehen kann.

## Vom auswärtigen Amt.

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Meldung, daß Freiherr v. Malchahn, der bisher das russische Referat im Auswärtigen Amt hatte, als Gesandter in Athen festsitzend werden soll, erklärt die Welt am Montag, daß Herr v. Malchahn das Verbleiben in seiner bisherigen Tätigkeit wieder angeboten worden sei. Es scheint also der Verlust des Ministerialdirektors Behrend, der in der polnischen Frage eine so unglückliche Hand gehabt habe, auf Ausdehnung seines Machtbereichs Absicht zu sein.

## Der „neue Kurs“ in Bayern.

München, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der ehemalige Münchner Polizeipräsident Kochner ist als Rat im Obersten Landgericht (im höchsten Gericht Bayerns) wieder in den Justizdienst zurückgetreten, obwohl das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren immer noch schwebt.

## Rechtssozialisten Arm in Arm mit den nationalistischen Bayern.

München, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, die bürgerlichen Parteien und die SPD. hatten gestern eine gemeinsame Protestkundgebung gegen die Genfer Beschlüsse. Die rechtssozialistische Münchner Post hatte in großen Letzern zu der Versammlung eingeladen. Dr. Kitzner aus Kattowitz hielt eine nationalstische

Rede und Kacherde allerhöchster Art, wobei die schärfsten Angriffe gegen die Reichsregierung fielen, insbesondere gegen Rathenau, der als Landesverräter bezeichnet wurde. Die Teilung Oberschlesiens sei ein Mord am deutschen Volk, es müsse jetzt Schluß gemacht werden mit der Politik der Erfüllung. Bis zu dem Augenblick, wo das uns zugefügte Unrecht ausgelöscht werde, sei das unser Amt und unsere Tugend Sache. (1) Tosen der Beifall unterbrach immer wieder die Rede. Als der Vorsitzende nach dem Referat bekannt gab, daß auch verschiedene Landtagsabgeordnete anwesend seien und unter den anwesenden Abgeordneten den Namen des Rechtssozialisten Auer bekanntgab, dessen Partei die Versammlung mit einberufen hatte, wurden stürmische Pfürze laut, es fielen Zurufe: Raus, Lump, Schuft, spuckt den Verräter an. Nur schwer gelang es dem Vorsitzenden, die Ruhe wieder herzustellen. Eine Entschließung, die sich mit der Rede des Referenten deckte, wurde von der Versammlung angenommen. Die Münchner Filiale des WZV. verschweigt schamhaft die schlimmsten Stellen der Rede und die fleißigen Angriffe gegen den Rechtssozialisten Auer, der doch wegen der ostjüdischen Beteiligung seiner Partei an dieser nationalstischen Kundgebung eine bessere Behandlung verdient hätte.

## Die Reparations- und Finanzprobleme.

### Die Verhandlungen über die deutschen Zahlungen.

Berlin, 16. Oktober. Während seines Aufenthalts in Berlin hat das Garantiekomitee gemeinsam mit den deutschen Vertretern die Lage eingehend geprüft und ist wegen der nächsten nach dem Zahlungsoptim vom 5. Mai fälligen Zahlungen mit diesen zu einer Ueber einstimmung gelangt. Das Garantiekomitee hat bei den Beratungen auf die Lage des Wechselkurses der Mark Rücksicht genommen und nicht übersehen, welches Interesse daran besteht, einen Anreiz zu einer Spekulation auf ein weiteres Fallen des Markkurses zu vermeiden. Im übrigen ist in der letzten Veröffentlichung über die Tätigkeit des Garantiekomitees schon mitgeteilt, daß die am 15. November fällige Rate gebahlt ist. Die Erörterungen zwischen dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung über die Regelung der Fragen, die wegen der späteren Zahlungstermine noch offen sind, werden fortgesetzt.

### Das Wiesbadener Abkommen vor der Reparationskommission.

Paris, 17. Oktober. (U.) Am heutigen Montag tritt der Reparationsauschuß zusammen, um zu dem Wiesbadener Abkommen eingehend Stellung zu nehmen. An der Sitzung wird ein Vertreter Deutschlands teilnehmen.

### Kennes über die Möglichkeit der Wiedergutmachung.

Laut Manchester Guardian erklärte auf der in London tagenden Konferenz für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Weltfrieden Kennes in einer Rede über die Reparationsfrage, während der Friedenskonferenz hätten die Menschen den Kopf verloren und in Zahlen von astronomischer Größe über Summen gesprochen, die Deutschland zahlen müsse für den Schaden, den es angerichtet habe. Die Menschen seien jetzt ruhiger und in der Lage, diese Fragen vernünftig zu besprechen. Man sei jetzt in der Lage, genauer zu beurteilen, was es kosten würde, um den von Deutschland in Nordfrankreich angerichteten Schaden wiederzugutmachen. Es bestehe nicht der geringste Grund anzunehmen, daß Deutschland nicht vollkommen in der Lage sei, den gesamten Schaden wiederzugutmachen. Man wisse jetzt, daß in Nordfrankreich etwa 300 000 Häuser zerstört und weitere 300 000 Häuser beschädigt worden seien. Angenommen, jedes der 300 000 Häuser koste tausend Pfund, so würde dies weniger betragen als die Zinsen, die Deutschland jetzt in einem Jahr bezahlen müsse. Frankreich habe durch den Mangel an Kohlen ungeheuer gelitten. Der Verlust sei jedoch nicht so groß, wie die Leute gemeinhin annähmen. Die Erzeugung der französischen Kohlenbergwerke betrug den 20. Teil der Kohlenherzeugung Großbritanniens. Auch hier liege die Summe im Bereich der deutschen Zahlungsfähigkeit. Das gleiche gelte von der Wiederherstellung der verwüsteten Felder. Wenn man den gesamten Schaden zusammenrechne, so bestehe kein Grund, weshalb Deutschland ihn nicht innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit wiederzugutmachen könne. Die Rechnung der Alliierten für angerichtete Verwüstungen betrage jedoch nur ein Drittel der gesamten Reparationsforderungen. Die anderen zwei Drittel enthielten Pensionszahlungen. Diese Forderung stehe im Widerspruch zu dem, wozu sich die Alliierten beim Abschluß des Waffenstillstands verpflichtet hatten.

Der französische Delegierte Genosse Longuet erklärte, die französische öffentliche Meinung komme trotz der Verzögerung durch die französische Presse rasch zur Vernunft. Der Gedanke, daß man Berge Goldes von Deutschland erhalten werde, sei in Frankreich vorbei. Jedermann wisse jetzt, daß die Erhaltung von diesen Bergen Goldes eine Lüge war. Longuet stimmte den Ausführungen Kennes über die Pensionsforderungen der Alliierten zu.

### Amerika und seine Schuldner.

Paris, 15. Oktober. New York Herald erzählt aus Washington, daß Harding dem Plane des Kongresses, eine Kommission zur Einleitung von Verhandlungen mit den Alliierten zu bilden, zustimmen bereit sei. Die Kommission solle sich von folgenden Regeln leiten lassen: 1. dürfe sie Sicherheiten einer Regierung nicht für die Schulden einer anderen in Zahlung nehmen, 2. dürfe sie keine Anleihen oder Zinsen erlassen, 3. der niedrigste Zinssatz solle durch den Festsetzungswurf über die Rückzahlung der ausländischen Schulden festgelegt werden. — Die Punkte 2 und 3 seien von dem Präsidenten noch nicht angenommen, doch werde keiner von beiden für die Annahme des Entwurfs ein unüberwindliches Hindernis bilden.

## Die politische Lage in Griechenland.

Von unserem Athener Korrespondenten.

A. P. In der breiteren politischen Öffentlichkeit Europas ist man nur ungenügend über die politischen Verhältnisse und Geschehnisse in Griechenland informiert. Selbst die sozialistische Presse ist gezwungen, die aus griechisch-nationalistischen Quellen stammenden Nachrichten, oder die anderer bürgerlicher Nachrichtenbüros wiederzugeben. Deshalb soll im Nachstehenden eine Darstellung der politischen Situation vom sozialistischen Gesichtspunkt aus gegeben werden:

Griechenland führt unglücklicherweise noch immer Krieg gegen die Türken und wird voraussichtlich diesen Krieg noch lange fortführen. Obwohl es zu den sogenannten „Siegerstaaten“ gehört, bahnt sich keinerlei Besserung in den wirtschaftlichen Verhältnissen an. Schuld daran ist auch, daß der westliche Imperialismus als Schutzherr Griechenlands seit dem Tage der Novemberwahlen 1920, die die Rückkehr des König Konstantins brachten, aufgehört, Griechenland Vorstöße und Anleihen zu geben. Das einzige Mittel, zu dem alle griechischen Regierungen bisher Zuflucht suchten, um die Lage des griechischen Volkes zu erleichtern, wobei sie ihm natürlich ungeheure Zinslasten aufbürdeten, die finanzielle Hilfe der großen Verbündeten, blieb aus. Die reaktionäre Regierung sah sich deshalb gezwungen, um die Kriegskosten zu decken, kürzlich die Zölle um 10 Prozent zu erhöhen, auf welche Weise sie eine ungeheure Preissteigerung einer Reihe von wichtigen und unentbehrlichen Lebensmitteln und Waren hervorrief.

So kommt der arme Teufel in Griechenland, der Lohnempfänger und der kleine Eigentümer darauf — Griechenland ist ein kleinbürgerliches Land — sich zu fragen, warum man eigentlich soviel wahnsinnige Wut und Kraft aufwendet, um das venizelistische Regime zu stürzen, das man als ein System des „Krieges bis zum Weißbluten“ bezeichnet hatte, wenn nicht, um endlich einmal Frieden zu haben und einigermaßen anständig leben zu können. Jetzt ist es endlich so weit, daß das griechische Volk einsieht, daß es getäuscht worden ist. Als ein Volk, dessen politische Bildung nicht sehr hoch ist, wußte es nicht, daß es, als es sich mit Konstantin und der reaktionären Bourgeoisie einließ, die Kriegspolitik erst recht unterstützte. Heute beginnt in Griechenland die Erkenntnis wach zu werden, welche falsches Spiel die Konstantinisten getrieben haben, und diese Erfahrung hat zur Folge, daß das griechische Volk jetzt anfängt, sich Rechenschaft über die gesellschaftliche Tatsache zu geben, daß es in der Natur der Dynastien und ihres militärischen Anhangs liegt, ihre Existenz durch blutige Kriege zu verlängern.

Leider war die soziale Bewegung in Griechenland niemals so umfassend und tiefgehend, um den Friedenswillen des griechischen Volkes auszunutzen zu lassen in die Erkenntnis der Wahrheiten des Sozialismus. Die sozialistische Bewegung befindet sich in Griechenland in ihrer Kindheitsperiode. Man muß sich Deutschland zur Zeit Marx' in Erinnerung rufen und seine Kämpfe, um die ersten Anfänge der Arbeiterorganisationen zu schaffen, die Auseinandersetzungen im Jahre 1847 gegen Wilhelm Weitling und die anderen „Maulhelden der revolutionären Nichtigkeit“, um eine Vorstellung davon zu haben, welchen Gang die sozialistische Agitation in einem so jungen Lande, wie dem heutigen Griechenland, nimmt. Bei den vorhandenen Arbeiterparteien, die Sozialistische Partei Griechenlands — gegründet 1911 — und die Kommunistische Arbeiterpartei — gegründet 1919 — kann man von eigentlichen Organisationen nicht sprechen, ja kaum von Anfängen einer Partei.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Zahl von 80 341 arbeiten mit den bürgerlichen Gruppen zusammen, und noch nicht 10 Prozent von ihnen sind für die sozialistischen Anschauungen gewonnen. Aber das allertraurigste ist, daß die Einigkeit der griechischen Arbeiterklasse, die im Jahre 1918 in der Form eines selbständigen Gewerkschaftsbundes geschaffen worden war, durch die unfruchtliche Spaltung der Kommunisten, anfängt, in die Brüche zu gehen. Man stelle sich vor, daß diese mit bolschewistischen Dogmen vollgestopften Vhratendrescher gar keinen Unterschied zwischen der Demokratie und der Bourgeoismonarchie machen, daß sie stolz darauf sind, zum Zusammenbruch der liberalen Regierung (des Venizelos) mit beigetragen zu haben, wodurch sie nur an der Herbeiführung der monarchistischen Reaktion mithalfen. Jetzt, gehebt und verfolgt, sind die griechischen Arbeiter gezwungen, sich abzuwenden zu verhalten in der Befürchtung, ihre früher errungenen Positionen zu verlieren. Außerdem hat das konstantinische Regime den größten Teil der kommunistischen Agitatoren — seine Verbündeten von gestern — verhaftet und einsperren lassen. (Man wird bei der Schilderung der Haltung der griechischen Kommunisten unwillkürlich erinnert an die nationalstische Einstellung der Münchner Kommunisten, die im Januar und Februar dieses Jahres mit den Nationalisten im Protest gegen die Pariser Beschlüsse durch die und dünn gingen und ihnen sogar ein Waffenbündnis anboten. Die Nationalisten bedienten sich dieser bequemen Hilfe und als sie nicht mehr brauchten, wurde ihnen jede Beschäftigungstätigkeit und ihre Presse verboten, ihre Agitatoren